Christiane Bertram
Vorsitzende des Elternrats Luisen-Gymnasium
Glindersweg 55 – 21029 Hamburg

Herrn MdHBü Marino Freistedt

CDU-Abgeordnetenbüro
Große Bleichen 23
20354 Hamburg

Primarschule – zur Reformpraxis

Hamburg, 7. September 2008

Sehr geehrter Herr Freistedt,

für den Fall, dass Sie als schulpolitisch verantwortlicher CDU-Bürgerschaftsabgeordneter sich über die Mediendarstellung hinaus dafür interessieren, wie Wähler das Verhalten der CDU-Hamburg in Sachen Primarschule einschätzen, darf ich Ihnen hier zusammengefasst zur Kenntnis bringen, was wir bei den zahlreichen Gesprächen – insbesondere vor den Sommerferien im Rahmen der Sammlung von über 800 Unterschriften für die Volksinitiative „Wir wollen lernen“ allein aus dem unmittelbaren Einzugsbereich unserer Schule – an (in der Regel sehr harsch formulierter) Kritik gehört haben.

Die Einführung der Primarschule zu Lasten der Gymnasien wird als Verrat am Wähler empfunden, dem sich die CDU als Verteidigerin des Gymnasiums in seiner existierenden Form anempfohlen hatte. Das Verhalten der Schulsenatorin stellt sich dar als **passgenaue Vorbereitung der Einheitsschule im Sinne der Schulpolitik einer künftigen rot-grün-roten Koalition** (vgl. auch Personalien Vieluf und de Lorent); demgegenüber wird das Schweigen der CDU-Schulpolitik als Beleg dafür gewertet, dass die CDU-Abgeordneten und ihre Führung entweder an diesem **zentralen gesellschaftspolitischen Thema** desinteressiert seien oder inkompetent und kraftlos oder sogar der gleichen Überzeugung wie Rot-Grün.

Warum Sie als Parlamentarier die Exekutive so gewähren lassen, als sei das Hamburgische Schulgesetz bereits geändert, ist dabei besonders unverständlich. In einem funktionierenden parlamentarischen System wäre der **erste** Schritt zur Einführung der Primarschule nicht das, was die Schulbehörde u.a. mit dem Papier vom 30.6.2008 "Eine kluge Stadt braucht alle Talente" (insbesondere unter "Die Umsetzung", dort 2.) verkündet hat, sondern ein Gesetzgebungsprozess, an dessen Ende – nach sorgfältiger, transparenter Beratung – eine Änderung des Schulgesetzes stünde, welche zwei Jahre später in Kraft treten würde, um den für die Vorbereitung dieser ggfls. massiven Eingriffe in die bisherige Schulwirklichkeit nötigen Vorlauf zu bieten. Allenfalls hieran dürfte sich das anschließen, was die Schulbehörde schon jetzt tut.

Die Schulbehörde arbeitet längst so, als sei die Einführung geklärt und gesichert; ohne gesetzliche Grundlage stellt sie sehr effektiv faktisch die Weichen, schafft sich mit den regionalen Schulkonferenzen eine beliebig manipulierbare "basisdemokratische" Scheinlegitimation und zermürbt die Gymnasien. **Es wird bislang nach außen nicht erkennbar, dass schulpolitisch Verantwortliche der CDU die Maßnahmen in ihrer Brisanz überhaupt auch nur wahrnehmen**; eine kritische Reaktion ist nur zu dem (allerdings für die Entwertung des Gymnasiums wichtigen) Einzelthema Abitur nach 12 Jahren auch an der Stadtteilschule erkennbar geworden. Hierzu mag es einen Rückzieher der Senatorin gegeben haben; ihr

Staatsrat hat hingegen ausdrücklich an der All-Zuständigkeit der Stadtteilschule festgehalten (Stellungnahme vom 1.7.2008 ggü. VEHG).

Genauso wichtig ist:

Die Abteilung **Schulaufsicht** für Gymnasien wird aufgelöst und in ein System der ausschließlich regionsbezogenen Schulaufsicht überführt, das – passend zu dem entsprechenden SPD-Strategiepapier (vgl. HmbAbdbl. v. 5.7.2008) - auf die Einheitsschule zugeschnitten ist (vgl. HmbAbdbl. v. 1.7.2008).

Entgegen dem Koalitionsvertrag (dort S. 8) wird die – mit der Einheitsschule unvereinbare - sogenannte **Langform** von Gymnasien von der Senatorin ausgeschlossen (vgl. FAZ v. 20.8.2008). Zur Absicherung wird ein verfassungsrechtliches Problem vorgeschoben und, praktisch noch ergiebiger, erklärt, für bauliche Anpassungen stehe kein Geld zur Verfügung (Senatorin am 15.7.2008 in der Gesamtschule Alter Teichweg).

Die Berliner Lösung mit Ausnahmen von der sechsjährigen Einheitsschule für grundständige Gymnasien wird noch nicht einmal diskutiert; stattdessen gibt es **utopische Versprechungen** dazu, wie die notwendigen gymnasialen Kompetenzen nunmehr bereits in der Primarschule geschaffen würden.

In den sogenannten **regionalen Schulkonferenzen** ist die einzelne Schule ungeachtet ihrer Größe mit 3 bis 4 Personen vertreten. Das führt zu einem weit überproportionalen Gewicht der (vielen, kleinen) Grundschulen gegenüber den (wenigen) Gymnasien. So wird die Schulform Gymnasium im Bereich Bergedorf z.B. mit höchstens 20 Vertretern gegenüber ca. 90 Vertretern aus dem Bereich Grund- und anderen Schulen marginalisiert – und das, obwohl sie von über 50 Prozent der Eltern gewählt wird.

Ein weiterer Vorgriff auf die allein dem Gesetzgeber zustehende Entscheidung ist absehbar in der **Lehrerausbildung**: Auch hier zeichnet sich das langjährige Ziel der GEW und sonstiger Gesamtschulverfechter zur Vereinheitlichung ab. Auf der Strecke bleiben die besonderen Kompetenzen der Gymnasiallehrer, die immerhin dazu beigetragen hatten, das Gymnasium zum PISA-Leistungsträger Deutschlands zu machen.

Sehr geehrter Herr Freistedt, gerade das Luisen-Gymnasium ist – u.a. mit seinem Musikzweig - ein praktischer Beleg dafür, dass gymnasiale Bildung ein hohes Gut ist, sorgfältigen langjährigen Aufbaus bedarf, wertvolle Ergebnisse erbringt, für Quereinsteiger zugänglich ist und eben nicht abhängt von der "sozialen Herkunft" – unsere Schülerinnen und Schüler zeichnen sich nicht durch Wohlstand der Eltern, sondern durch Interesse und Leistungsbereitschaft aus. Wer dieses Gymnasium schützt, ist für soziale Gerechtigkeit; wer die Einheitsschule vorantreibt, schafft soziale Spaltung – weil sich zu wenige die Flucht in gute Privatschulen werden leisten können (vgl. USA, England pp.). Diese soziale Verantwortung und dieser Realismus wird gemeinhin von CDU-Funktionsträgern erwartet.

Selbst ungeachtet Ihrer inhaltlichen Position zur Primarschule: Es ist höchste Zeit, dass sich das Parlament seiner Zuständigkeit und Verantwortung besinnt, die Schulbehörde stoppt und das Gesetzgebungsverfahren aufnimmt.

Mit freundlichem Gruß

Christiane Bertram